
2729/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 08.07.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Fürst, Dr. Bösch, Ing. Mag. Reifenberger, Lausch
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Diskriminierungsverbot statt Covid-19-Impfpflicht im öffentlichen Dienst**

Seit Beginn der Corona-Krise im Frühjahr 2020 sehen sich die Österreicherinnen und Österreicher mit verschiedensten Einschränkungen ihrer Grund- und Freiheitsrechte konfrontiert: Lockdowns, Ausgangssperren, Demonstrationsverbote, Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht, Zutrittsbeschränkungen und die Testpflicht sind jene Instrumente, die von der Bundesregierung seit über zwei Jahren in Stellung gebracht werden, um das Land – eigenen Angaben zufolge – sicher durch die Pandemie zu bringen.

Von den öffentlich-rechtlich Bediensteten wird dabei stets ein besonderes Engagement verlangt. Trotz Impfquoten im öffentlichen Dienst jenseits der 80% – weit über den Durchschnittswert in Österreich – gilt beispielsweise für Bundesheerangehörigen im Auslandseinsatz weiterhin eine Covid-19-Impfpflicht. Darüber hinaus ist man in einer Vielzahl an Bereichen des öffentlichen Dienstes mit dieser Covid-19-Impfpflicht belastet. Und dies, obwohl zumindest die allgemeine Covid-19-Impfpflicht inzwischen aufgrund des gesellschaftlichen Drucks von der schwarz-grünen Regierungsmehrheit gesetzlich aufgehoben werden musste. Auf der Ebene des Landesdienstes, siehe Niederösterreich, wurde eine entsprechende Aufhebung der Covid-19-Impfpflicht bereits umgesetzt.

Die OTS0210 vom 23. Juni 2022 lautet:

Impfpflicht für NÖ Landesdienst aufgehoben

Neue wissenschaftliche Bewertungen führen zu Aufhebung

St. Pölten (OTS/NLK) - Im Zusammenhang mit der heutigen Bekanntgabe der Bundesregierung zur Aufhebung der allgemeinen Impfpflicht gegen das Coronavirus in Österreich heißt es aus dem Amt der NÖ Landesregierung: „Mit der Neubewertung der Experten auf Bundesebene wird auch die Impfpflicht für den NÖ Landesdienst ab sofort aufgehoben.“ Weiters wird betont: „Die Entwicklung der Corona-Krankheit ist in einer neuen Phase. Die neuen wissenschaftlichen Bewertungen führen nun dazu, dass die Impfpflicht auch im Landesdienst aufgehoben werden kann.“

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Quelle: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220623_OTSO210/impfpflicht-fuer-noe-landesdienst-aufgehoben

Die Vorgangsweise, die im NÖ. Landesdienst mit 23. Juni 2022 umgesetzt worden ist, sollte für den gesamten öffentlichen Dienst mit der Aufhebung der allgemeinen Covid-19-Impfpflicht unmittelbar in Geltung gesetzt werden. In diesem Zusammenhang soll auch ein umfassender Diskriminierungsschutz in Kraft gesetzt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die nach dem Vorbild des NÖ. Landesdienstes die Aufhebung der allgemeinen Covid-19-Impfpflicht für den öffentlichen Dienst unmittelbar in Geltung setzt und ein ausdrückliches und bindendes Diskriminierungsverbot für Covid-19-Ungeimpfte im öffentlichen Dienst vorsieht.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verfassungsausschuss vorgeschlagen.